

# Von Elend bis Knappheit<sup>1</sup>

Stall, Scheune, Kochtopf und Geldbeutel hessischer Bauern um 1880

STEFAN PRANGE

## Einleitung

Dieser Aufsatz verfolgt das Ziel, Einblicke in das hessische Dorf im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu geben. Dessen ökonomische, soziale, landwirtschaftliche und politische Verhältnisse sind uns heute völlig fremd. Auf den ersten Blick erscheint das verwunderlich, liegen doch nur wenige Generationen zwischen den zu beschreibenden Verhältnissen und uns Heutigen und sehr viele von uns stammen von Dorfbewohnern ab. Mir aber scheint es, dass diese dörflichen Verhältnisse von allen ökonomisch und emotional abgestreift worden sind, die ihnen in der ersten Generation über den Wandel zunächst in gewerbliche Arbeit und zwei Generationen später in den Bildungsaufstieg entgehen konnten.

Wir müssen uns den dörflichen Verhältnissen nähern wie ein Ethnologe einer bisher wenig beschriebenen Ethnie in einem entlegenen Weltteil. Die Ethnologie würde sich der Feldforschung und dabei der Teilnehmenden Beobachtung bedienen, in der die Forschenden so intensiv wie möglich in das Leben der Ethnien-Angehörigen einzutauchen versuchen.

Ausgehend von den wenigen verfügbaren allgemeinen statistischen Daten (Anzahl der Menschen, Verteilung der Tätigkeiten usw.) würde man versuchen, für die Detailuntersuchung der Lebensverhältnisse typische Kleingruppen (Familien) zu finden, um anhand der Untersuchung von deren Lage auf die Lage der ganzen Ethnie schließen zu können. Dabei wäre sicherzustellen, dass die Untersuchten nach sozialem Status, Tätigkeit, ökonomischem Erfolg usw. einen hinreichenden Teil der Ethnie repräsentieren können; man nennt das eine der Fragestellung angemessene Ziehung der Stichprobe. Ziehung heißt es, weil die Stichprobe eigentlich zufällig aus einem Pool gezogen werden müsste.

Das Kernproblem solcher Untersuchungen ist daher, die Typisierung angemessen zu treffen und Gesellschaftsmitglieder zu finden, die sowohl diesem Typ entsprechen als auch bereit sind, den Forschenden ihr Leben offenzulegen.

Im Folgenden soll über das bäuerliche Dorf in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg im Großherzogtum Hessen („Hessen-Darmstadt“) anhand einer Untersuchung auf dem in den 1880er Jahren aktuellen Methodenniveau – genannt

---

1 Erweiterte Fassung des Vortrags unter gleichem Titel, der am 20. 3. 2024 beim Oberhessischen Geschichtsverein Gießen gehalten wurde. Dieser Aufsatz ist so angelegt, dass er ortshistorisch Aktiven verschiedene Ansatzpunkte für eigene Forschungen in ihren lokalen Archiven bieten soll. Daher sind die Fußnoten entsprechend ausführlich.

Enquete – berichtet werden.<sup>2</sup> Die Anwendung dieser Methode auf das Großherzogtum beschrieb den Untersuchungsgegenstand „Zustand des kleinen [d.h. bäuerlichen] Grundbesitzes“ anhand von möglichst detaillierten Einblicken in einzelne der ca. 500 Dörfer des Großherzogtums.

Dazu wurden in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg je 10 Dörfer, in der Provinz Rheinhessen 5 Dörfer untersucht, und je Untersuchungsdorf meist drei typische „kleine“ Bauernwirtschaften portraitiert, die man etwa charakterisieren kann als je eine Tagelöhner-(Nebenerwerbs-)wirtschaft, einen kleinen Familienbetrieb und einen Familienbetrieb mit Fremdarbeitskräften. Betriebe mit einer Fläche von weniger als 0,5 ha und mehr als 20 ha wurden nicht behandelt – das war die Vorstellung von „kleinem Grundbesitz“.

Ob die ausgesuchten Dörfer typisch, also repräsentativ waren, können wir heute nicht mehr feststellen, da die Informationen zu Auswahlprozess und -kriterien verloren gegangen sind. Außerdem dürfen wir zweifeln, ob die drei Betriebe je Dorf zufällig ausgesucht – wie es methodisch angemessen gewesen wäre – und überhaupt repräsentativ waren, weil wir annehmen müssen, dass kein Betroffener und niemand der beteiligten Autoritäten – zu deren Rolle unten mehr – einen Betrieb porträtiert sehen wollte, der in Betriebsorganisation und Betriebsergebnis nicht vorzeigbar erschien<sup>3</sup>.

Gleichwohl versuchen wir eine Beschreibung der Lage der Landwirtschaft im Großherzogtum<sup>4</sup> anhand dieser Quelle, weil wir keine bessere haben. Dieser Aufsatz befasst sich allerdings nur mit den bäuerlichen Verhältnissen in den Provinzen Oberhessen und Starkenburg.

---

2 Für die Durchführung von Enqueten gab es eine Anleitung: Das Verfahren bei Enqueten über sociale Verhältnisse – Drei Gutachten, Leipzig 1877 = Schriften des Vereins für Socialpolitik XIII. Digitalisiert mit beschränktem Zugriff unter [https://www-wiso-net-de.ezproxy.uni-giessen.de/document/DUHE\\_978342857260169](https://www-wiso-net-de.ezproxy.uni-giessen.de/document/DUHE_978342857260169) .

3 Mit den Angaben der Enquete und Unterlagen aus dem entsprechenden Ortsarchiv sollten sich manche Betriebe deanonymisieren und mit weiteren vorliegenden Informationen verknüpfen lassen; besonders interessant erscheint, ob die manchen Betrieben zugeschriebene mangelnde Zukunftsfähigkeit tatsächlich eingetreten ist.

4 Im letzten Drittel des 19. Jh. war das Großherzogtum Hessen einer der Gliedstaaten des 1871 errichteten Deutschen Reiches. Das Großherzogtum bestand aus den beiden Provinzen Oberhessen mit dem Sitz der Provinzregierung Gießen und der Provinz Starkenburg mit Darmstadt. Die beiden Provinzen hingen nicht zusammen und waren vielfach durch früher autonome Herrschaftsterritorien von Adeligen, Klöstern usw. durchsetzt, die erst schließlich der Rechtsverhältnisse mühsam in den Gesamtstaat integriert werden mussten. Seit 1816 gehörte die Provinz Rheinhessen – gelegen jenseits des Rheins – mit der Hauptstadt Mainz hinzu. Hier herrschten vielfach andere Bedingungen und Rechtssysteme, da das Territorium 10 Jahre zur Französischen Republik gehört hatte.

## Die landwirtschaftlichen Betriebe des Großherzogtums im Überblick

Ein erster Eindruck von den beträchtlichen ökonomischen – und daraus folgend sozialen – Unterschieden kann gewonnen werden anhand einer Statistik der Größe landwirtschaftlicher Betriebe im Großherzogtum im Jahre 1882.<sup>5</sup>

*Table 1: Anteil der Betriebe nach Flächengrößenklassen und dem von ihnen bearbeiteten Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen – alle Werte in v.H. (Quelle: Betriebsstättenzählung 1882) im Vergleich zu der in der Enquete betrachteten Größenspanne*

Flächengrößenklasse	Starkenburg		Oberhessen		Spanne und Gruppierung in der Enquete
	Zahl der Eigentümer	bewirtschaft. Fläche	Zahl der Eigentümer	bewirtschaft. Fläche	
über 0 bis unter 0,2 ha	14,0	0,5	13,4	0,35	Ab 0,5 bis unter 1 ha } }
0,2 ha bis unter 1 ha	34,3	6,4	24,2	3,0	
1 bis unter 2 ha	16,2	8,4	13,3	4,6	
2 bis unter 5 ha	20,4	23,7	24,0	19,3	
5 bis unter 10 ha	9,6	23,7	15,7	26,4	
10 bis unter 20 ha	4,4	21,9	15,7	24,6	
20 bis unter 50 ha	0,9	9,2	7,5	10,8	
50 bis unter 100 ha	0,1	2,2	0,2	3,8	
100 ha und mehr	0,1	0,2	4,0	8,0	
Summe	100	100	100	100	

Der größte Anteil der Betriebe lag in der Spanne von Ein qm bis 1 ha mit 48,3 % (Starkenburg) bzw. 37,6 % (Oberhessen). Es handelte sich um reine Nebenerwerbsbetriebe (es sei denn es wurde eine Sonderkultur wie Wein betrieben). Familienbetriebe – die kleinen i.d.R. nur mit Nebenerwerb lebensfähig – von 1 – 5 ha machten mit 36,6 und 37,3 % einen weiteren großen Anteil aus. Große Familienbetriebe von 5 bis 20 ha z.T. mit Fremdarbeitskräften hatten einen Anteil von 14 und 31,4 %. Großbetriebe mit über 20 ha Fläche, die ganz auf Fremdarbeitskräfte angewiesen sind, umfassten 1,1 bzw. 11,7 % der Betriebe.

Die von diesen Gruppen bearbeitete landwirtschaftliche Nutzfläche war deutlich anders verteilt: Großbetriebe hatten 11,7 bzw. 22,6 %, große Familienbetriebe 45,6

5 Als Teil der Volks- und Betriebsstättenzählung 1882 wurde veröffentlicht: Die landwirtschaftlichen Betriebe des Großherzogtums Hessen am 5. Juni 1882, in: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, 33. Band, Heft 1, Darmstadt 1890, hg v. d. Großherzoglichen Centralstelle für Landesstatistik. Daten entnommen S. III, Gruppierung zusammengefasst v. Vf.

bzw. 51 %, kleine Familienbetriebe 32,1 und 37,3 % und Nebenerwerbsbetriebe etwa 5 und 2 % der Fläche in Bearbeitung.

Die Enquete schnitt aufgrund ihrer Aufgabe, die Situation des „kleinen Grundbesitzes“ aufzuklären, ihren Berichtsbereich anders zu: Sie untersuchte Betriebe zwischen 0,5 ha und 20 ha. Diese Untergrenze unterschritt sie nie. Betriebe über 20 ha berichtete sie zwar in den Ortsstatistiken über die Verteilung des Bodens, diese Betriebe wurden aber nicht – oder nur in Ausnahmefällen – in die Betriebsportraits aufgenommen.

***Tabelle 2:** „Kleiner Grundbesitz“ als Untersuchungsgegenstand der Enquete mit Betriebsgrößenklassen zwischen 0,5 und 20 ha. Anzahl der Betriebe nach Größenklassen und von ihnen bearbeiteter Bodenanteil in % in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen. (Die Größenklassen sind die der Enquete. Quelle für die Werte ist die Betriebsstättenzählung. Der Wert für die Größenklasse 0,5–1 ha ist vom Vf. geschätzt.)*

Größenklassen in ha	Betriebe Starken- burg	Oberhessen				Fläche			
		Stb	%	Ohe %	Stb	Ohe	Stb %	Ohe %	
0,5–1	11250	8000	29,7	23,8	5771	3230	5,0	2,6	
1–2	8515	5647	22,5	16,8	12118	8071	10,6	6,0	
2–5	10718	10155	28,3	30,2	34118	33534	29,8	25,1	
5–10	5037	6640	13,3	19,8	31010	46020	27,1	34,4	
10–20	2303	3136	6,1	9,3	31450	42882	27,5	32,1	
	37823	33578	100,0	100,0	114467	133737	100,0	100,2	

Grob kann man schlussfolgern, dass in der Enquete die Größenklasse von 0,5 bis 2 ha, in der die Betriebe fast nur Nebenerwerbsbetriebe sein konnten, zu 52 % (Starkenburg) bzw. 41% (Oberhessen) vertreten war, von der aber nur 16 % bzw. 9 % der landwirtschaftlichen Fläche bearbeitet wurde.

Die Gruppe der Betriebe mit 2–5 ha, die eine Familie ernähren konnten, wenn die naturräumlichen Umstände nicht extrem schlecht waren, machten 28 bzw. 30 % aus und bearbeiteten 30 bzw. 25 % des Bodens.

Familienbetriebe mit 5–10 ha, die im oberen Flächenbereich auch schon Fremdarbeitskräfte beschäftigen konnten, umfassten 13 bzw. 20 % der Betriebe, die 27 bzw. 34 % der Fläche in Kultur hatten.

Lohnarbeitsbetriebe mit 10 bis 20 ha Betriebsfläche stellen 6 bzw. 9 % der Betriebe, die allerdings 28 bzw. 32 % der Fläche bewirtschafteten.

An dieser Stelle muss auf einen möglichen Fehler der Interpretation der folgenden Daten hingewiesen werden: Wenn in der Enquete je Dorf ein Nebenerwerbs-, ein Familien- und ein Lohnarbeitsbetrieb untersucht wurde, würde Repräsentativität für die beiden Provinzen erreicht, wenn diese Betriebe zu je einem Drittel in der Realität vorkommen würden. Das ist offenkundig nicht der Fall. In der Realität werden die Nebenerwerbsbetriebe ungefähr doppelt so hoch vertreten sein wie in der Betriebsstichprobe der Enquete. In der Untersuchung sind also die Nebenerwerbsbetriebe

mit etwa dem Faktor 2 unterrepräsentiert, während die Lohnarbeitsbetriebe mit dem Faktor 3 überrepräsentiert sind. Nur mit diesen Korrekturfaktoren lässt sich daher von den Ergebnissen der Enquete annähernd auf die beiden Provinzen schließen.

## Einblick in die bäuerlichen Verhältnisse am Beispiel des Dorfs Beuern

Um noch vor der erforderlichen Quellenbeschreibung und -kritik die Aussagemöglichkeiten über die Landwirtschaft anhand der Enquete zu verdeutlichen, stelle ich Ihnen das Dorf Beuern anhand dieser Quelle vor.

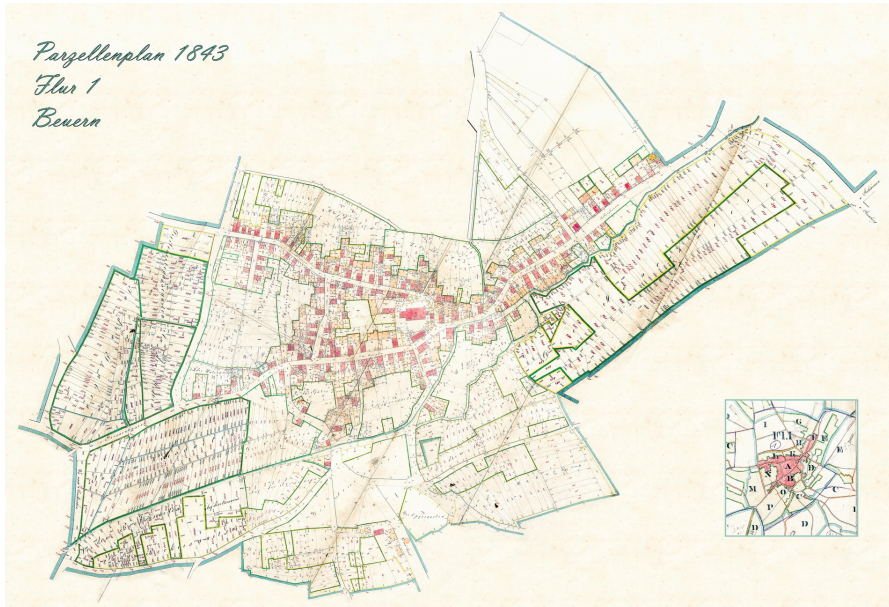


Abb. 1: Parzellenkarte der Gemarkung Beuern für die erste Fluraufnahme 1843, Auswahl der Fluren für den Ortskern<sup>6</sup>

In der Enquete<sup>7</sup> aus dem Jahr 1884 wird das Dorf Beuern (heute zu Buseck im Kreis Gießen)<sup>8</sup> wie folgt charakterisiert:

Beuern hatte meist geringwertige Ackerböden, aber potentiell gute Wiesen in den Bachauen. Es gab 1000 Einwohner in 230 Haushalten, davon 175 landbesitzende Haushalte mit folgender Größenverteilung: 22 % der Betriebe bewirtschafteten eine Fläche unter einem ha, 65 % hatten zwischen einem und fünf ha, und 19 % gehörten in die Größenklasse von fünf bis 20 ha. Unter den Landbesitzern waren 28 % ausschließlich Landwirte, 18 % zusätzlich Tagelöhner und 54 % übten eine zusätz-

6 HStAD, P 4, Nr. 3846; Montage: Gemeindearchiv Buseck, Abdruck mit dessen Genehmigung.

7 Zu Einzelheiten der Enquete siehe Anm. 26.

8 Enquete, Bericht zu Beuern in Bd. 2, 1. Teil, 7. Bericht.

liche gewerblich Tätigkeit aus – das konnte ein Handwerk, ein Geschirrhandel oder eine Tätigkeit in einer weit entfernten Metropole sein.

Der Tagelohn – eine wesentliche Messgröße in dieser Untersuchung – betrug für einen Mann in der Landwirtschaft während des Sommers dann 0,70 Mark, wenn er in die Tagesverpflegung der Bauernfamilie einbezogen war, und 1,50 M, wenn diese entfiel. Er konnte im Steinbruch bis 2 M verdienen. Die Gelegenheiten zum Tagelohn ergaben sich meist nicht das ganze Jahr über.

Wie in dieser Enquete üblich werden auch in Beuern drei Bauernwirtschaften im Detail vorgestellt, deren wirtschaftliche Portraits<sup>9</sup> hier stark verkürzt wiedergegeben werden.

Der Familienbetrieb in Beuern mit wenigen zusätzlichen Arbeitskräften, der ca. 8 ha bewirtschaftete, ernährte eine Familie mit acht Personen, von denen fünf im Betrieb und Haushalt arbeiteten. Der Verkehrswert der Nutzfläche betrug 11.000 Mark, der Gebäude-Neubauwert (laut Feuerversicherungsbuch) 7.000 Mark. Der Betrieb hielt an Vieh 2 Ochsen für die Ackerarbeit, 2 Kühe, mit denen auch gefahren wurde, die Nachzucht der Kühe, wenige Schweine für den Eigenbedarf, wenige Schafe, einige Hühner. Der Gesamtwert der Tiere betrug 1.500 M, der Wert einer Kuh ca. 240 M. Die Betriebsmittel – Wagen, Pflug, Egge usw. – waren 450 M wert, das Umlaufkapital (die Vorräte an Heu, Stroh, Getreide) wurden im Jahreschnitt auf 700 M geschätzt. Der Wohnungseinrichtung gab man mit nur 65 M wenig Wert.

Die Erträge waren schmal: Je Kuh wurden ca. 1.100 l Milch je Jahr ermolken, die Roggenernte erbrachte ca. 1.400 kg / ha, die Kartoffelernte ca. 10.000 kg / ha. Der Geldwert der Gesamterträge aus Acker und Wiesen betrug 4.000 M, davon wurden für Viehfutter ca. 1.500 M und für Saatgut ca. 300 M verwendet; für die Familienernährung wurden dem Betrieb Produkte im Umfang von 1.750 M entnommen.

Der Betrieb hatte Einnahmen aus dem Verkauf von Getreide, Rindvieh, Butter usw. von 900 M, also fast einem Viertel der Gesamterträge. Dem standen Ausgaben von insgesamt 1.350 M gegenüber, davon für Steuern und öffentliche Abgaben 150 M, für Tagelöhne für das Getreidedreschen 170 M, für Unterhaltung der Familie 230 und für Kauf von Kleidung von 300 M. Für 190 M wurden Nahrungsmittel (Kaffee, Salz usw.) eingekauft. Die Familie beanspruchte also insgesamt 2.147 M. Die Geldrechnung ergab ein jährliches Minus von 450 M. Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals war – wenn die Familie rechnerisch zu Tagelöhnerpreisen gearbeitet hatte – knapp Null. Festzuhalten ist, dass auch ein solcher Betrieb ganz zu förderst ein Subsistenzbetrieb war, er also die Nahrungsmittel für die Eigentümerfamilie bereitstellen sollte; seine Marktbeziehungen traten dagegen zurück.

Als zweiter Betrieb wird ein kleiner Familienbetrieb von 2,6 ha mit zusätzlicher Saisonarbeit des Mannes vorgestellt, der 3 Personen zu versorgen hatte. Seine fast ausschließliche Leistung war das Erwirtschaften eines Großteils der Nahrungsmittel für die Familie. Darüber hinaus hatte er Einnahmen von 300 M aus Weizen- und

---

9 Enquete, Bericht zu Beuern, S. 19 ff.

Butterverkauf und aus 45 Tage Waldarbeit des Mannes im Winter. Seine Ausgaben betragen demgegenüber 600 M. Der Betrieb war nicht rentabel. Er war außerdem erheblich verschuldet: Bei einem Eigentumswert (Land, Gebäude, Vieh, Umlaufkapital) von 7.000 M hatte er 1.300 M Schulden, die zu 5 % zu verzinsen waren und für die 20 % Tilgung erforderlich war. Die Kapitalkosten betragen jährlich 370 M. Das Gesamtminus des Betriebs je Jahr betrug also mit 670 M etwas mehr als die jährlichen Gesamteinnahmen. Der Kapitaleinstrom war aus den Einnahmen nicht zu leisten, sondern konnte nur durch zusätzliche Schulden aufgefangen werden. Diese Spirale nach unten würde sich daher in jedem Jahr schneller drehen müssen. Bei gleichbleibenden Umständen musste der gesamte Besitz in ca. 6 Jahren aufgebraucht sein.

Noch viel prekärer war die Lage eines Tagelöhnerbetriebs mit der Fläche von 1 ha, der 5 Personen, davon 3 Kinder, versorgen sollte. Der Mann arbeitet dauerhaft als Tagelöhner außerhalb. Der Tagelohn brachte 400 M jährlich. Da die Leistung des Betriebes das Erwirtschaften eines Teils der Nahrungsmittel für die Familie war, erzielte er nur jährliche Einnahmen von 100 M aus dem Verkauf von Butter und einem Kalb. Den Jahreseinnahmen von 500 M standen Kosten von 612 M gegenüber, die aufzuwenden waren für Steuern, für den Zukauf von Nahrungsmitteln und für die Bezahlung von Bestellarbeiten auf den Äckern, die an gespanntführende Betriebe vergeben waren. Die übrigen betrieblichen Arbeiten erledigte die Ehefrau. Während der Wert aller Eigentumsformen mit 3.350 M angegeben wird, hatte der Betrieb Hypothekenschulden von 1.500 M, die zu 5% verzinst, aber nicht getilgt wurden und Mobiliarschulden (Schulden, die nicht mit Immobilien gesichert sind) von 500 M, die zu 6 % verzinst und innerhalb von 5 Jahren getilgt werden mussten. Die Kapitalkosten waren daher 200 M. Der Betrieb hatte also eine laufende Unterdeckung von 312 M jährlich, die sich jährlich steigerte, weil die zusätzlichen Kredite für den Ausgleich der Einnahmelücke mindestens verzinst werden mussten, solange die Gläubiger der Umwandlung ihrer Schulden in Hypotheken zustimmten. Auch dieser Betrieb konnte nur noch wenige Jahre überleben.

## **Das Problem der Verschuldung anhand der Daten aus Beuern**

Die Verschuldung der Bauern kann am Beispiel des Dorfes Beuern systematisch betrachtet werden. Als Quellen der Verschuldung galten zur Zeit der Enquete: Schulden auf Grund von z.T. lange zurückliegenden Erbfällen (Auszahlungsnotwendigkeit von Miterben, die nicht mit Flächenanteilen abgefunden worden waren), Versuche, den Betrieb mittels Landkauf zu vergrößern, Kredite, um Minuserträge des Betriebs auszugleichen, Krankheit von Mensch und Tier, Hagelschlag, Missernten und auch Misswirtschaft.

Es gab drei Kreditformen: Erstens die Hypothekenkredite, die durch Immobilien gesichert waren. Diese wurden zu 5 % verzinst, aber nicht getilgt. Die Verträge liefen nur über wenige Jahre und waren auch in dieser Laufzeit kündbar und mussten am Ende der Laufzeit zu neuen Bedingungen verlängert werden. Zu den Hypothekenkrediten gehörten auch die „Kaufschillinge“, mit denen die Kosten

beim Kauf von Land kreditiert wurden. Zweitens gab es die sogenannten Mobil- oder Personalkredite, also solche, die nicht durch Immobilien, sondern durch Vieh, Vorräte, Hausrat usw. (also Bewegliches) gesichert waren. Diese dienten als Betriebsmittel- und Konsumkredite, wurden idR. zu 6 % verzinst und hatten 5 Jahre Laufzeit. Sie waren in dieser Zeit zu tilgen. Da das in der Mehrzahl der Fälle nicht gelang, wurden Überziehungszinsen, Verlängerungsgebühren usw. fällig, bis der aufgelaufene Betrag in eine Hypothek umgewandelt wurde; manche Gemeinden haben zeitweise die Bürgschaft für Mobilarkredite übernommen, die einzelne Gemeindeglieder aufnahmen. Die dritte Form waren die Kredite auf dem ganz unregulierten grauen Privatmarkt, die vielleicht am besten mit heutigen „Krediten ohne Schufa“ vergleichbar wären.

Im Zusammenhang mit den Mobilarkrediten ergab sich eine Einnahmemöglichkeit für Besizende, indem sie – gegen Geld – Bürgschaften stellten und außerdem die Chance hatten, im Falle eines Scheiterns des Gläubigers zwar für den Kredit geradestehen zu müssen, aber die gestellte Sicherheit übernehmen zu können.

Der Druck, Land zu kaufen, ist erklärbar durch das Missverhältnis von landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb und Familiengröße. Wegen unzureichender Produktion von Lebensmitteln für die Familie versuchten die kleinen Bauern, ihren Betrieb zu vergrößern, was zu Bodenpreisen führte, die jeglichen Bezug zu den erwartbaren Erträgen vermissen ließen und daher auch nicht mit den Erträgen, die eine neu hinzugewonnene Fläche brachte, kompensiert werden konnten.

Bei einer Beurteilung der Verschuldung ergibt sich das Problem, dass nur über den Anteil der Verschuldung berichtet werden kann, der in den örtlichen Hypothekenbüchern vermerkt oder der bei Darlehenskassen, deren Verfahren transparent waren, aufgenommen worden sind. Die „grauen Kredite“ wurden zusätzlich bei Privaten aufgenommen. Über die haben beide Seiten in der Regel Stillschweigen bewahrt, und zwar sowohl über die Höhe als auch über die Bedingungen (Zinshöhe, Disagio, Provision, Verlängerungskosten, Zusatzzinsen bei Überziehen der Zahlungsziele, Kündigungsbedingungen, zu stellende Sicherheiten bzw. Bürgen und deren Kosten, erforderliche Folgegeschäfte usw.). Konnte der Gläubiger dem Schuldner aufgrund dessen ökonomischer Situation hinreichend Druck machen, konnte er auch grob unfaire Bedingungen durchsetzen. Das im Jahr 1880 im Reich verabschiedete Wuchergesetz<sup>10</sup> hat womöglich besonders krasse Auswüchse abstellen können.

---

10 Gesetz, betreffend den Wucher, Reichsgesetzblatt 1880, Nr. 10, S. 109. Das Gesetz änderte den § 302 des Strafgesetzbuchs dahingehend, dass „die Ausbeutung einer Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit“ mit der Folge eines auffälligen Missverhältnisses zwischen Vermögensvorteilen des einen und der Leistung des anderen zu einer Strafe wegen Wuchers führt. Außerdem wurden als zivilrechtliche Folge eines Wuchergeschäfts festgelegt, dass dieses als von vorn herein unwirksam zu betrachten und daher die bisherigen Leistungen beider Seiten rückabzuwickeln seien. Das mochte für den Bewucherten zunächst befriedigend sein, es ist aber zu befürchten, dass er als Bewerber für graue Kredite in der folgenden Zeit nirgendwo mehr zum Erfolg gekommen sein wird.

Wer auf dem Weg in die Verschuldung war, konnte sich jedenfalls durch den Ertrag landwirtschaftlicher Produktion nicht daraus befreien. Das machen folgende Daten zu Beuern aus der Enquete deutlich<sup>11</sup>: Alle Kleinstbesitzer in Beuern waren zusammen zu 22 % ihrer Grundstücks- und Gebäudewerte offiziell verschuldet. Für alle Nur-Landwirte war die Verschuldungshöhe 44 %, für alle Tagelöhner mit Landwirtschaft lag sie bei 39 %. Damals wurde geschätzt, dass – von sehr fruchtbaren Bedingungen abgesehen – je Hektar Ackerland ungefähr 2 % Überschuss zwischen Aufwand und Ertrag zu erwarten war, also der 4 %- Zins für eine Hypothek auf einen Hektar nur von dem Ertrag von zwei Hektaren zu tragen war. Mit jedem Kredit wurde die Ertragsspanne des Betriebs immer schmaler. Von Investitionen konnte somit keine Rede sein.

Hierzu berichtete der Enquete-Kommissar für die Gemeinde Wenings (heute zu Gedern im Wetteraukreis), zur Kreditlage im Ort gäbe es nichts Ungewöhnliches, wenn auch die Gemeinde wegen „unliebsamer Erfahrungen“ die Bürgerschaft für Personal- bzw. Mobiliarkredite eingestellt habe. Er vermutete, dass die Angebote von Personalkredit von Privaten zahlreich und der Umfang der genommenen Kredite angesichts „der Leichtigkeit, mit welcher Schulden gemacht werden können“ hoch sei. „Wie die Landwirthe aus denselben je herauskommen werden, namentlich bei den jetzigen geringen Getreidepreisen, bei den gestiegenen Abgaben, ist dem Referenten ganz unerfindlich, es sei denn, dass ein ganz anderer Geist der Ordnung, der Rührigkeit, ein ganz anderes Bestreben nach verbesserten Maschinen, nach besserer Cultur, namentlich Anwendung von künstlichem Dünger, nach Zusammenlegung der Grundstücke über die Leute komme!“<sup>12</sup>

## Die Landlosen im Dorf

Der Bericht über die Struktur eines Dorfes wäre unzureichend, wenn die Gruppe der landlosen Familien übersehen würde; diese Gruppe ist aber nicht Gegenstand der Enquete. Zur Annäherung an eine Aussage über die Landlosen kann eine hochdetaillierte, allerdings sehr punktuelle Quelle herangezogen werden: Der junge Soziologe Schnapper-Arndt hat zufällig ca. 1875 die Dörfer, die heute den Ort Schmitten im Taunus<sup>13</sup> bilden, kennen gelernt und diese untersucht.<sup>14</sup> Besonders eindrucksvoll sind die Portraits einzelner Familien, darunter eines der Chausseearbeiter-

---

11 Enquete, Bericht zu Beuern, S. 12.

12 Enquete, Bericht zu Wenings, S. 9.

13 Diese Dörfer gehörten nicht zum Großherzogtum, sondern ursprünglich zur Reichsritterschaft Reifenberg, von dort kamen sie zu Nassau, von dort zeitgenössisch zu Preußen.

14 Gottlieb Schnapper-Arndt: Fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus – eine socialstatistische Untersuchung über Kleinbauernthum, Hausindustrie und Volksleben, Frankfurt 1883 (Hg. Schmoller). URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hebis:30-1092795> .

Für historische Arbeit ist nur die Originalausgabe brauchbar. Die zweite, von Neumann besorgte Auflage (Bonn 1963) will die Arbeitsweise von Schnapper-Arndt deutlich machen und zitiert das Originalwerk nur lückenhaft.

familie<sup>15</sup>, die aus 5 Personen, davon 3 Lohnarbeitern (Vater und 2 Heranwachsende), einer kleinen Tochter und der schwangeren Mutter bestand. Die Familie war landlos nach Landverkauf durch Überschuldung geworden. Vorher war der Vater Nagelschmied, ein im Vordertaunus verbreitetes, aber durch die Industrialisierung des Wirtschaftszweigs eingegangenes Heimgewerbe. Die Ernährung dieser Familie bestand ganz überwiegend nur aus 3.000 kg Kartoffeln und 1.400 kg Brot im Jahr.

## Methodisches: Enqueten als Zugang zur Realität

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. war die z.T. trostlose Lage der kleinen Landwirtschaften im ganzen Deutschen Reich unübersehbar. Daher haben die Verwaltungen sowohl des Reichs als auch verschiedener Gliedstaaten Untersuchungen zur Situation der kleinen Landwirtschaften angestellt. Zu nennen sind hier

- Volks- und Betriebsstättenzählungen des Reiches (erstmalig 1882, dann im zehnjährigen Abstand), die nach einheitlichem Muster in den Gliedstaaten durchgeführt wurden. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse zusammenfassend im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich<sup>16</sup> und im Detail in den statistischen Berichten des jeweiligen Gliedstaats, so auch für das Großherzogtum Hessen<sup>17</sup>.
- Reichsweite Informationssammlungen zu aktuell drängenden Themen durch Aufsätze von Sachkundigen aus den verschiedenen Regionen des Reiches, die vom Verein für Socialpolitik initiiert wurden:
  - Bäuerliche Zustände in Deutschland (1883)<sup>18</sup>
  - Wucher auf dem Lande (1887)<sup>19</sup>
- Empirisch orientierte Untersuchungen in einzelnen als charakteristisch angenommenen Dörfern im
  - Großherzogtum Baden<sup>20</sup>
  - Königreich Preußen<sup>21</sup>
  - Großherzogtum Hessen.

---

15 Schnapper-Arndt, S. 245 ff. (Anlage 7); zur Ernährung der Familie S. 260 ff.

16 Jährlich ab 1880, [https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft\\_mods\\_00143490](https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00143490).

17 Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen, hrsg. von der ghzl. Centralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt, jährlich mehrere Hefte.

18 Bäuerliche Zustände in Deutschland – Berichte, veröff. v. Verein für Socialpolitik, Leipzig 1883 [in 3 Bänden] = Schriften d. V f S Bd. XXII; <http://www.jstor.org/stable/jj.22362048>.

19 Wucher auf dem Lande – Berichte und Gutachten, veröff. v. Verein für Socialpolitik, Leipzig 1887 = Schriften d. V f S Bd. XXXV, <http://www.jstor.org/stable/jj.22361989>.

20 Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft im Grossherzogthum Baden 1883, veranstaltet durch das Grossherzogliche Ministerium des Innern. Karlsruhe 1883, <https://catalog.hathitrust.org/Record/009127826/Home>.

21 Ermittlungen über die allgemeine Lage der Landwirtschaft in Preussen. Aufgenommen im Jahre 1888/89, Bearbeitet im Kgl. Preuss. Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, [in zwei Teilen] Berlin 1890 = Landwirtschaftliche Jahrbücher. 1. Teil: XVIII. Bd, Ergänzungsband III; 2. Teil: XIX. Band, Ergänzungsband IV. Die Zeitschrift ist digitalisiert, die Digitalisierung der hier genannten Ergänzungsbande wird vorbereitet.

## Die Enquete für das Großherzogtum Hessen als Evaluation seiner kleinen Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Enquete für das Großherzogtum Hessen<sup>22</sup> wurde nach Beteiligung des Landtages unter Finanzierung durch das großherzogliche Ministerium durchgeführt. Sie hatte das Ziel zu klären, „ob die Verschuldung in der That eine solche Höhe erreicht hat, dass Verzinsung und Rückzahlung bei rationellem Betrieb des landwirtschaftlichen Gewerbes nicht möglich ist.“<sup>23</sup>

Die Untersuchungsorte<sup>24</sup> wurden ausgewählt durch ein Zusammenwirken von Ministerium, Landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaftsbewegung, die vielfach auch personell verflochten waren.<sup>25</sup> Es gab einen Fragenkatalog und eine Modell-Untersuchung des Dorfes Messel bei Darmstadt durch einen Landwirtschaftslehrer und den für Landwirtschaft zuständigen Ministerialbeamten. Beides wurde gedruckt und allen „Kommissaren“, die für die Dorfuntersuchungen eingesetzt wurden, an die Hand gegeben, damit die Einzelberichte eine einheitliche Struktur und vergleichbaren Informationsgehalt haben konnten.

Die örtliche Untersuchung führten die sachkundige Kommissare unter Mitwirkung der Dorfbürgermeister und Landräte durch. In jedem Dorf erfolgte eine Abschlusssitzung unter Beisein des Bürgermeisters, des Landrats und des Ministerialbeamten. Die Ergebnisse wurden gedruckt.<sup>26</sup>

---

22 <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hebis:26-digisam-211594>. Dazu siehe Stefan Prange: Die landwirtschaftliche Enquete im Großherzogtum Hessen 1884–1886 : kurze Erläuterung zu Erreichbarkeit, Struktur, Vorgeschichte, Durchführung und Wirkung, Gießen 2021. Nur digital zugänglich unter <http://dx.doi.org/10.22029/jlupub-298>.

23 Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen, 24. Landtag, Beilage 305, S. 2, <https://parlamente.hessen.de/protokolle?staat=grossherzogtum-hessen>.

24 In der Provinz Oberhessen: Beuern – heute zu Buseck im Kr. Gießen, Burkhardts – heute zu Schotten im Vogelsbergkreis, Hartershausen – heute zu Schlitz im Vogelsbergkreis, Nieder-Florstadt – heute zu Florstadt im Wetteraukreis, Nieder Moos – heute zu Freiensteinau im Vogelsbergkreis, Nieder Ohmen – heute zu Mücke im Vogelsbergkreis, Nieder-Eschbach – heute zu Frankfurt a. M., Rodheim vdH – heute zu Rosbach v. d. Höhe im Wetteraukreis, Ruhlkirchen – heute zu Antrifftal im Vogelsbergkreis, Wenigs – heute zu Gedern im Wetteraukreis.

In der Provinz Starkenburg: Ginsheim – heute zu Ginsheim-Gustavsburg im Kr. Gr. Gerau, Groß-Rohrheim – heute im Kr. Bergstraße, Habitzheim – heute zu Otzberg im Kr. Darmstadt-Dieburg, Kirch-Brombach – heute als Kirchbrombach zu Brombachtal im Odenwaldkreis, Messel – heute im Kreis Darmstadt-Dieburg, Mühlheim – heute als Mühlheim am Main im Kr. Offenbach, Ober-Mossau – heute zu Mossautal im Odenwaldkreis, Ober-Roden – heute zu Rödermark im Kr. Offenbach, Schwanheim – heute zu Bensheim im Landkreis Bergstraße, Unter-Schönmattenweg – heute zu Wald-Michelbach im Landkreis Bergstraße. In der Provinz Rheinhessen: Fürfeld im damaligen Kr. Alzey, Guntersblum im damaligen Kr. Oppenheim, Ober-Hilbersheim, damals im Kr. Oppenheim, Westhofen, damals im Kr. Worms, Zornheim, damals im Kr. Mainz.

25 Siehe hierzu im nächsten Abschnitt.

26 Die Veröffentlichung jedes Einzelberichts erfolgte je nach Vorliegen in einem Heft ohne Nummerierung und ohne durchlaufende Paginierung in den Jahren 1884–86, so dass eine

In jeder Provinz wurden 10 Dörfer untersucht, und zwar nach den Gesichtspunkten Fruchtbarkeit des Bodens, Besitzverteilung, Grundstückspreise und Pachten, Kreditverhältnisse, Löhne, Verschuldung, Rentabilität der Betriebe, Betriebsportraits. Schließlich wurden örtliche Schlussfolgerungen zusammengestellt.

In jedem der Untersuchungsdörfer wurden 3 Betriebe (selten nur zwei) einer betriebswirtschaftlichen Detailanalyse unterzogen.

Bei aller Begeisterung für den Einblick, den die Enquete gewährt, ist doch ein kritischer Umgang mit ihr unumgänglich: Die Repräsentativität der Ergebnisse ist nicht nachvollziehbar, weil die Auswahl der Dörfer nicht nachvollziehbar ist (die Unterlagen sind verbrannt). Die Auswahl der porträtierten Betriebe ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Trotz Musteruntersuchung haben Kommissäre Ortsberichte unterschiedlich abgefasst. Die örtlichen Daten beziehen sich auf lokale Preise – was ganz unumgänglich war, aber eine Interpretation erschwert.

Auch wenn wir die Auswahl der Dörfer – die Ziehung der Stichprobe für diese Untersuchung – nicht nachvollziehen können, ist doch eine Konzentration auf die bekannten landwirtschaftlichen Problemgebiete Vogelsberg und Odenwald zu bemerken; die Dörfer in anderen Regionen wirken wie Vergleichsobjekte.

Für die Auswahl der Dörfer – und evtl. auch die der Kommissäre – haben die landwirtschaftlichen Vereine und die Genossenschaftsbewegung eine wesentliche Rolle gespielt; diese Organisationen haben „die“ hessische Landwirtschaft mittels der Enquete evaluiert. Daher muss ein kurzer Blick auf diese beiden Strukturen geworfen werden.

## **Die Träger der Evaluation: Landwirtschaftliche Vereine und Genossenschaftsbewegung**

Beides waren Selbsthilfeeinrichtungen mit dem Ziel, dass die Bauern sich selbst aus dem Hergebrachten bei Bewirtschaftung und Kredit befreien sollten.

Die Landwirtschaftlichen Vereine des Großherzogtums wurden in den 1840er Jahren gegründet. Von Anfang an (bis zu ihrer Ablösung durch eine Landwirtschaftskammer 1909) waren Experten und Wohlmeinende ihre Träger, während die eigentlich gemeinten kleinen Bauern sich anfangs ganz, später überwiegend fernhielten. Die Landwirtschaftlichen Vereine mit ihrer Zentralorganisation wurden fast vollständig durch den Staatshaushalt finanziert; sie unterhielten in den 1880er Jahren drei Landwirtschaftsschulen mit Wanderlehrern und -experten. Sie gaben eine wöchentliche Zeitschrift heraus, die inhaltlich auf der Höhe der Zeit berichtete und die Interessen der Bauern zu vertreten versuchte ohne die Zustände zu romantisieren.<sup>27</sup> Die bäuerliche Praxis sah diese Zeitschrift – ging sie doch sehr kritisch mit

---

Orientierung nur nach den Inhaltsverzeichnissen des Bandes Zwei erfolgen kann, in dem die Einzelhefte schließlich in zwei Teilen gebunden wurden. 1886 kam ein Zusammenfassungsband der Ergebnisse hinzu, der als Band 1 geführt wird.

27 „Zeitschrift für die landwirtschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen“, Darmstadt (in vielen Gemeindearchiven – z.T. unterschiedlich lückenhaft – vorhanden.)

dem Vorfindlichen um – vielfach als Besserwisseri; sie wurde allerdings z.T. im Unterricht der dörflichen Fortbildungsschule (die im Winter abends für Schulabsolventen angeboten wurde) genutzt und u.a. aus diesem Grund vielfach von den Gemeinden gehalten.

Die Genossenschaftsbewegung sollte den Bauern helfen, den traditionellen Formen des ländlichen Kredits zu entkommen. Es bildeten sich in Deutschland zwei Stränge: ein ursprünglich karitativer – verbunden mit dem Namen des Gründers Raiffeisen – und ein stärker ökonomischer, der von Schulze-Delitzsch vorangetrieben wurde. Die Raiffeisen-Bewegung hatte eine zunehmend antisemitische Haltung; dagegen hielt sich die im Großherzogtum vorherrschende ökonomische unter ihrem Mentor Wilhelm Haas<sup>28</sup> – jedenfalls in ihren Spitzenorganisationen und in der Zeitschrift – frei davon.

Die Genossenschaften waren zunächst Spar- und Darlehenskassen, die als solche auch fremdes Geld liehen, um ihrerseits Darlehen auszugeben. Ihr Entwicklungshemmnis war die gesetzlich festgelegte Kollektivhaftung aller Genossen mit ihrem ganzen Eigentum, weshalb sich gute Wirtschaften der Mitgliedschaft verweigerten, um nicht beim Zusammenbruch der Genossenschaft durch das Versagen von Krediten an schlechte Schuldner ihr Eigentum zu riskieren. Das änderte sich erst durch die Änderung des Genossenschaftsgesetzes von 1889, nach der eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden konnte, in der die Genossen nur noch mit dem von ihnen gezeichneten Genossenschaftsanteil hafteten.

Ein wichtiger Zweig der Genossenschaftsbewegung war der Aufbau von Produktionsgenossenschaften (Molkereigenossenschaften) und Warengenossenschaften („Konsumgenossenschaften“ genannt), die über ihre Zentralorganisation die Produktionsmittel günstig beschafften. Dort wurde auch die Qualitätsprüfung der Waren in eigenen Laboren übernommen und damit die Bauern vor verfälschten Waren geschützt.

Die Genossenschaftsbewegung und die landwirtschaftlichen Vereine waren miteinander inhaltlich und personell vielfach verflochten und ebenso mit der für Landwirtschaft zuständigen Abteilung des Ministeriums des Inneren und dort mit dem zuständigen Beamten Dr. Bernhard Jaup<sup>29</sup> verbunden, so dass Planung, Durchführung und Auswertung der Enquete einschließlich der daraus gewonnen gesetzlichen Initiativen von allen drei Strukturen betrieben wurde.

---

28 Das landwirtschaftliche Vereins- und das Genossenschaftswesen im Großherzogtum ist zur Blüte gebracht worden durch Wilhelm Haas (183–1913), Staatsbeamter, Landrat, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, nationalkonservativ und bis zu seinem Ende kein Antisemit. Siehe „Haas, Karl Friedrich Wilhelm“, in: Hessische Biografie <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/11854408X>> (Stand: 26.10.2024).

29 „Jaup, Bernhard Ferdinand Ernst Wilhelm“, in: Hessische Biografie <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/120615177>> (Stand: 5.9.2024)

## Erträge landwirtschaftlicher Kulturen (nach Enquete)<sup>30</sup>

Übermittelt werden die Erträge<sup>31</sup> der Winterkulturen Weizen und Roggen, der Sommerkulturen Hafer, Gerste, Kartoffeln, Futterrüben, von Heu, Klee bzw. Luzerne und von Milch.

Um eine grobe Vorstellung von der Spanne der Erträge der landwirtschaftlichen Hauptkulturen zu bekommen, werden hier die Durchschnitte der Erträge der jeweils drei örtlichen Betriebe gebildet und in Ertragsklassen gruppiert:

*Tabelle 3: Erträge des Winterroggens, gruppiert nach Erträgen in Dörfern (Durchschnitt der drei Betriebe je Dorf<sup>32</sup>):*

<u>Ertrag in kg /ha</u>	<u>in ... Dörfern</u>
800 bis unter 1.000	8
1.000 bis unter 1.200	8
1.200 bis unter 1.400	3
1.400 bis unter 1.600	3
1.600 bis unter 1.800	2
um 2.100	2

Im gesamten Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Erntemenge an Roggen für das Jahr 1884 nur 0,934 kg je ha.<sup>33</sup>

Eingesetzt wurde überall ein Saatgutaufwand von ca. 200 kg je ha; ebenso war überall der Bearbeitungsaufwand für die Kultur nahezu gleich – also fast unabhängig vom Ertrag. Die Spreizung der Erträge folgte den Kriterien Bodenfruchtbarkeit, Klima und Geländeform. Bei der Verwertung der Erträge konnten Nachteile durch schwierigem Marktzugang, z.B. große Entfernung des Dorfes von Bevölkerungsschwerpunkten und ihren Absatzmärkten bzw. zum nächsten Bahnhof, hinzukommen.

Das hat zu der in der Zeitschrift vielfach wiederholten Empfehlung geführt, dass Bauern im Vogelsberg den unwirtschaftlichen Getreidebau auch für die Familienernährung aufgeben sollten, um sich ganz auf die Rinderhaltung zu konzentrieren, weil hier das monetäre Verhältnis von Aufwand zu Ertrag günstiger gewesen wäre.<sup>34</sup>

---

30 Die Erträge werden zu jedem untersuchten Betrieb in den Ortsberichten aufgeführt. Zusammengefasst werden sie in Enquete, Band 1, Tabelle 1 im Anhang.

31 Die in der Enquete in kg angegebenen Erträge wurden bei Getreide mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht gewogen, weil in den Aufstellungen der Betriebsmittel der Wirtschaften keine Waagen aufgeführt wurden, aber zuverlässig geschätzt, weil die Bauern durch die Einschaltung von Mühlen ihre Schätzungen mit Wägungen vergleichen konnten. Bei Kartoffeln und Rüben wurde wahrscheinlich nur geschätzt und bei den Erträgen von Heu sicher geschätzt und nicht gewogen.

32 Zusammenstellung des Autors nach den Ertragstabellen gemäß Anm. 30.

33 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich Nr. 7, 1886. S. 21 f. (eig. Berechnung).

34 1893 hat allerdings eine Krise, ausgelöst durch eine Frühjahrstrockenheit, genau diese Strategie als anfällig für bestimmte Witterungsanomalitäten und die Verletzlichkeit von Spezialisierungen in der Landwirtschaft ausgewiesen.

Sie hätten dann Butter, Ochsenfleisch und Jungkühe zur Remontierung der Bauernwirtschaften in landwirtschaftlichen Gunstgebieten liefern sollen. Diese Empfehlung hat aber den subsistenzwirtschaftlichen Charakter der Betriebe nicht ernst genommen.

Die Heuerträge<sup>35</sup> waren noch weiter gespreizt als die des Getreides, was einer Erklärung bedarf: Im Hügelland lagen Heuwiesen in den Talauen und in diesen Talauen hatten sich in Jahrhunderten die Fein- und Humusbestandteil akkumuliert, die aus den unter dem Pflug befindlichen Ackerflächen an den Hängen ausgewaschen worden sind. Das Problem dieser Auwiesen war daher weniger die Bodenqualität als die Bewirtschaftungsqualität bzw. das Wassermanagement. Es hätte – wie vielfach propagiert – Investitionen in Be- und Entwässerung der Wiesen bedurft und der Kompetenz, diese über das Wirtschaftsjahr zu betreiben. Einrichtung und Betrieb wäre nur durch die Gemeinschaft der Anlieger bzw. die Gemeinde zu leisten gewesen; für die nötigen Beschlüsse war allerdings Einstimmigkeit der Anlieger erforderlich, und an der mangelte es zu häufig.

*Table 4: Heuerträge (Durchschnitt der drei Betriebe):*

<u>Heu-Ertrag in kg je ha</u>	<u>in ... Dörfern</u>
um 2.000	2
um 4.000	18
um 6.000	4

Der Bearbeitungsaufwand wird mit der Menge – allerdings nicht linear – gestiegen sein.

Zum Vergleich: Die Durchschnittserträge für Heu im Reich betragen 2.940 kg/ha.<sup>36</sup>

Weizen wurde nicht auf schlechten Böden und in hohen Lagen angebaut. In guten Lagen hat er bis zu ca. 2.000 kg je ha erbracht und nur dort auch in der Familiernahrung eine wesentliche Rolle gespielt. Er war im Wesentlichen ein Luxusgetreide.

Die Sommergetreide waren Hafer und Gerste. Hafer ist überall angebaut worden, seine Erträge lagen leicht oberhalb des Roggens. Die Gerste wurde in nahezu allen Dörfern – bis auf ganz ungünstige Lagen – angebaut. Die Erträge folgen im Vergleich der Dörfer etwa denen des Winterroggens.

Wesentliches Erntegut war auch das Stroh, das als Winterfutter für die Rinder und als Einstreu unumgänglich war. Vom Weizenstroh wurde – in geschätztem Gewicht – mehr geerntet als vom Korn, beim Roggen waren bei besonders schlechten Kornerträgen zumindest die Stroherträge hoch, das Haferstroh folgte meist etwa dem Kornertrag.

---

35 Heu – das muss den Menschen des 20. Jh. nachdrücklich in Erinnerung gerufen werden – war die Voraussetzung für die tierische Antriebsenergie in der Landwirtschaft. Sie wurde erst in der 2. Hälfte des 20. Jh. durch fossile Energie (Dieselöl) ersetzt.

36 Wie Anm. 38.

Die Kartoffel spielte in der Familien- und Tierernährung eine wesentliche Rolle. Kartoffeln wurde von allen Betrieben angebaut. Ihre Erträge von bis 15 t/ ha auf guten Böden sind herausragend, aber auch unter schlechten Bedingungen, bei denen die Getreide nur ein Drittel der Spitzen-Ergebnisse erzielten, wurde bei Kartoffeln noch die Hälfte der Höchsterträge geerntet.

Überall wurden Futterrüben angebaut, die ebenso wie die Kartoffel einen hohen Pflegeaufwand erforderten. Rüben erbrachten hohe Flächenerträge, allerdings waren die Anbauflächen sehr klein. Die Rübenenerträge waren offenbar besonders abhängig von der Qualität des Bodens und der Gunst des Klimas.

Der Milchertrag wird ebenfalls berichtet, doch ist ein Vergleich schwierig, weil in diese Ertragswerte sehr viele unbekannt Variablen eingehen: So ist die Qualität des Grundfutters (Frischgras, Heu) und sein Gehalt an Stärke und Eiweiß unbekannt. Ebenso weiß man nicht, ob das traditionelle Rotvieh (Vogelsberger) schon mit Simmentaler Bullen, denen das Vererben einer höheren Milchleistung zugeschrieben wurde, gekreuzt war. Über das Ausmaß der Inanspruchnahme für Zugarbeiten ist keine Aussage zu treffen; es wird aber an anderer Stelle berichtet, dass es einen direkten negativen Zusammenhang von Zug- und Milchleistung gab.<sup>37</sup> Berichtet werden in der Enquete Jahresgemelke je Kuh zwischen etwa 900 und 2.600 Litern. Ausreißer nach unten gehen bis zu 547 und nach oben bis zu 3.650 Litern, hier allerdings mit Kreuzungskühen, ohne Zugleistung und mit erheblichem Einsatz von Kraftfutter, darunter Kleie, Palmkuchen (Pressrückstände des Kokosfleischs) und Biertreber.<sup>38</sup> Aus der Milch wurde überall Butter erzeugt, die – wahrscheinlich gesalzen – ein transportfähiges und über eine gewisse Zeit lagerstabiles Produkt darstellte. Frischmilch dagegen war aus Mangel an Kühltechnik noch nicht handelbar.

## Ernährung der Bauernfamilien

Es ist nun zu klären, inwieweit die Subsistenzwirtschaften in der Lage waren, die Familie mit Nahrungsmitteln zu versorgen und damit ihren primären Zweck zu erfüllen.

Dieser Frage werden wir uns auf verschiedenen Wegen nähern. Später werden wir darstellen, inwieweit dem Anspruch auf Versorgung mit der erforderlichen Energiemenge entsprochen wurde. Zunächst aber werden die Daten der Enquete über die Kosten je Verpflegungstag für einen Erwachsenen bei den verschiedenen portraitierten Betrieben genutzt. In diese Kosten gehen – wie überhaupt in der Enquete – alle Kosten der Ernährung ein, also sowohl die dem Betrieb entnommenen als auch die zugekauften Lebensmittel einschließlich der Genussmittel Kaffee und Brandwein. Unsicherheitsfaktoren sind hier wieder die eingehenden Schätzwerte, z.B. der letztlich erzielbare Mehllanteil aus dem Getreide, das dem bäuerlichen Getreideboden entnommen wurde; dieser Mehllanteil hing im Wesentlichen ab von den Nach-

---

37 Stefan Prange: Kuhanspannung – eine verlorene Kulturtechnik; in: DVD zum Buch „Linde – Linnes – Kleinlinden 1269–2019“, Gießen 2019.

38 Enquete, Bd. 2.2, Gunttersblum in Rheinhessen S. 26.

ernteverlusten auf dem Getreideboden des Bauern, von dem Ausmahlungsgrad des Getreides in der Mühle (Anteil von Mehl bzw. Kleie), dem Mahllohn für den Müller usw. In die Darstellung gehen weiter die nach Orten unterschiedlichen Produktpreise ein sowie die Ansprüche der Bauernfamilien an ihr Lebenshaltungsniveau. Gleichwohl bieten die Kosten je Verpflegungstag Hinweise sowohl auf die Unterschiedlichkeit zwischen den „Komfortniveaus“ der Dörfer als auch innerhalb eines Dorfes.

Berichtet werden für Nieder-Eschbach (Wetterau)<sup>39</sup> – bei sehr günstiger Fruchtbarkeit der Gemarkung – Kosten je Verpflegungstag eines Erwachsenen in dem größeren Bauerngut mit 0,71 M, in dem mittleren mit 0,57 M und in dem kleinen mit 0,62 M. Dagegen sind diese Kosten in Nieder-Moos<sup>40</sup> (Vogelsberg) bei sehr geringer Fruchtbarkeit der Felder für ein größeres Bauerngut 0,40 M, für ein mittleres 0,44 M und für ein Gütchen (Tagelöhner) von 0,27 M. Im Dorf Nieder-Moos waren die Getreide- und auch die Kartoffelerträge im Vergleich aller oberhessischen Dörfer gering und auch die Heuerträge markieren das Minimum.

Es ist offenbar, dass die Unterschiede zwischen dem großen und dem ganz kleinen Betrieb in Nieder-Eschbach geringer ist als in Nieder-Moos, ebenso dass der Tagelöhner in Nieder-Eschbach sich deutlich teurer ernährt hat als der größere Bauer in Nieder-Moos und dass die dörflichen Gesamtniveaus in engem Zusammenhang mit den naturräumlichen Voraussetzungen standen.

Aus einigen Dörfern werden auch Speisepläne berichtet. Ich beziehe mich dabei wieder auf die schon vorgestellten Dörfer:

In Nieder-Eschbach wurde im größeren Bauerngut üppig gespeist: „Erstes Frühstück: Kaffee mit Brod und Butter, Latwerge [Obstmus, z.B. Zwetschggenmus], Honig. Zweites Frühstück: Brod mit Butter und Käse, Schmierkäse, Branntwein. Mittagessen: Wöchentlich 5mal Fleisch, sonst Eierspeisen oder Wurst, Suppe, Gemüse, Kartoffeln usw. Vesperbrod: Kaffee, Brod mit Butter, Latwerge usw. Abendbrod: Suppe, Kartoffeln, Brod mit Butter und Käse, auch Wurst, Eierspeisen, Salat.“<sup>41</sup>

Auch im kleineren Bauerngut ließ sich noch leben: „Erstes Frühstück: Kaffee mit Brod und Butter, Latwerge. Zweites Frühstück: Brod mit Butter, Käse, Schmierkäse, Branntwein. Mittagessen: Wöchentlich 5mal Fleisch, sonst Eierspeisen oder Wurst. Suppe, Gemüse, Mehlspeisen, Kartoffeln, Salat etc. Vesperbrod: Kaffee, Brod mit Butter, Latwerge. Abendbrod: Suppe, Kartoffeln, Brod mit Butter, Käse, bisweilen Eierspeisen, Wurst.“<sup>42</sup>

Dagegen übernahm in Nieder-Moos der Schmalhans umso mehr die Herrschaft in der Küche, je kleiner der Betrieb war. Im größeren Bauerngut wurde gegessen: „Erstes Frühstück: Kaffee, Brod oder Kartoffeln mit Schmierkäse, Sonntags und während der Ernte mit Butter. Zweites Frühstück: Nur von Anfangs Mai bis Oktober Brod mit Käse oder Schmierkäse, Kaffee oder etwas Branntwein. Mittagessen:

---

39 Enquete, Bericht zu Nieder-Eschbach, S. 27 ff.

40 Enquete, Bericht zu Nieder-Moos, S. 31 f.

41 Enquete, Bericht zu Nieder-Eschbach, S. 27.

42 Enquete, Bericht zu Nieder-Eschbach, S. 45.

Sonntags und im Sommer und Herbst auch zweimal in der Woche Fleisch oder Wurst, Fleischbrühe, Milch-, Reis- oder Kartoffelsuppe, Kartoffelgemüse, Mehlspeise oder gebackene Mehlspeisen, zuweilen gebackene Eier. Vesperbrod: Nur von Mai bis Oktober: Kaffee mit Brod, Butter oder Schmierkäse. Abendbrod: Kartoffeln, Salat oder Schmierkäse, Dickmilch. Sonntags wird insofern besser als an den Werktagen gelebt, daß es in der Regel Fleisch gibt, zum Brod Butter genossen und der Kaffee besser gekocht wird.“<sup>43</sup>

Das Tagelöhner-„Gütchen“ warf für die Bewohner ab: „Erstes Frühstück: Kaffee, im Winter mit Kartoffeln, Schmierkäs oder Salz, im Sommer mit Brod. Bei Feldarbeit zum Brod Butter. Sonntags Kaffee und Brod mit Butter. Zweites Frühstück: Gibts nur im Sommer und besteht in Brod und übrig gebliebenem Kaffee oder aus Brod und Käse, bei Feldarbeit auch etwas Branntwein. Mittagessen: Milch-, Mehl- oder Kartoffelspeisen, Fleisch gibts fast nur Sonntags, bisweilen gebackene Eier. Vesperbrod: Nur im Sommer Kaffee, Brod, Schmierkäse, Latwerge, bisweilen auch Butter und statt Kaffee Branntwein. Abendbrod: Meistens gesottene Kartoffeln, Schmierkäse, Latwerge, Salat und Dickmilch, abwechselnd zu Dickmilch auch Kaffee.“<sup>44</sup>

Die Enquete hält auch den Geldbetrag fest, der für die Kleidung der Familien im Berichtsjahr aufgewendet wird.<sup>45</sup> Zum Umgang mit diesen Beträgen spielen nicht nur die Größe der Familie, die Altersverteilung in ihr und möglicherweise besondere Familienfeste eine Rolle, sondern auch die Disponibilität eines Teils solcher Anschaffungen je nach jährlichem Ertrag des Betriebes. In Dörfern in ungünstiger Lage entsprechen die Abstufungen der Kleidungsaufwendungen etwa denen der Verpflegungskosten je Person. In Dörfern in günstiger Lage lässt sich eine Systematik der Unterschiede nicht erkennen; hier wird offenbar aus dem Vollerem geschöpft.

Es ist noch die Frage zu klären, ob die Ernährung für die Bauernfamilien ausreichend war. Inwieweit sich die Familien mit Eiweiß versorgen konnten, muss unklar bleiben. Zwar gibt die Enquete hierzu Einschätzungen, aber die sind ganz unzuverlässig, weil zeitgenössisch noch kontrovers diskutiert wurde, welche Pflanzenbestandteile zu den verdaulichen Eiweißen zu zählen seien.

Die Versorgung mit Energie in Form von Stärke ist klarer zu beurteilen. Will man Ansprüche der Bauernfamilie bezüglich ihres Energiebedarfs abschätzen, kann eine Methode der Energiebedarfsberechnung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE)<sup>46</sup> zugrunde gelegt werden. Danach ist bei einem Menschen der Energiebedarf abhängig von Alter, Geschlecht und Grad der Aktivität, wobei folgendermaßen gerechnet wird: Es gibt den Energiebedarf des Menschen in völliger Ruhe, der nur von Alter und Geschlecht abhängig ist. Hinzu kommt der Energiebedarf durch Aktivität (physical activity level = PAL). Der Gesamt-Energiebedarf eines

---

43 Enquete, Bericht zu Nieder Moos, S. 31.

44 Enquete, Bericht zu Nieder Moos, S. 49.

45 Enquete, in den Berichten zu den Betrieben in den Ortsberichten. Zusammengefasst in Band 1, Tabelle 3 im Anhang.

46 <https://www.dge.de/wissenschaft/referenzwerte/energie/> (Zugriff 14.1.2025).

konkreten Menschen ist also sein individueller Ruhewert multipliziert mit seinem PAL, der durch seine Lebensform (Schreibtisch- oder schwere körperliche Arbeit, Sport usw.) bestimmt wird.

Wird für die weiteren Berechnungen der Ruhebedarf eines Mannes von 25 bis 50 Jahren als 100% (Normperson) angenommen, ist z.B. der Energiebedarf eines 10 bis 13 Jahre alten männlichen Jugendlichen bei gleicher körperlicher Beanspruchung 80 % der Normperson, eines 15 bis 19 Jahre alten 113 %, einer weiblichen Jugendlichen von 10 bis 13 Jahren 73 %, von 15 bis 19 Jahren 87 %.

Der Ruhebedarf der Normperson beträgt 1.600 Kilokalorien (kcal), als PAL habe ich einen Wert von 2,5 angenommen, da die körperlichen Anforderungen hoch, die Umgebungstemperaturen im Winter niedrig und der Schutz gegen Witterung gering war. Um den Energiebedarf der Familie zu ermitteln, wurden die nach diesem Verfahren ermittelten Werte der einzelnen Familienmitglieder zu einem Familienfaktor addiert, so dass z.B. für eine Familie gerechnet wurde: Normwert von 4.000 kcal multipliziert mit dem Familienfaktor 4,76 und 365 Tagen = 7 Mill. kcal.

Die Abdeckung des so bestimmten Bedarfs ergibt sich, wenn damit die Energiemenge aus denjenigen Lebensmitteln verglichen wird, die für die Familie zur Verfügung standen. In diese Rechnung geht zwar eine große Zahl von Annahmen und Schätzwerten ein, so dass mit einer gewissen Fehlerbreite bei den Ergebniswerten zu rechnen ist, aber es ist trotzdem abschätzbar, inwieweit der Energieanspruch der Familien abgedeckt wurde. Der größere Betrieb in Beuern erfüllte die Energieerfordernisse seiner Familie zu 97 %, der mittlere zu 87 %, der Tagelöhnerbetrieb zu 78 %. Die Chausseearbeiterfamilie konnte dagegen ihren Energiebedarf nur zu 68 % decken.

## **Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe**

Um die im Landtag festgelegte Ausgangsfrage der Enquete zu klären, ob nämlich die kleinen Landwirtschaften in der Lage seien, ihre Verbindlichkeiten (Verzinsung und Tilgung) aus Krediten durch den landwirtschaftlichen Betrieb zu bedienen, wurde eine umfassende betriebswirtschaftliche Rechnung der porträtierten Betriebe erstellt, zu der auch eine Rentabilitätsrechnung gehörte.

Dabei wurde ein Rentabilitätsmodell verwendet, in das alle Einnahmen und Ausgaben eingehen, in dem die für die Familienernährung entnommenen Lebensmittel bei den Erträgen berücksichtigt werden, bei dem die Arbeit der Bauernfamilie im eigenen Betrieb zu Tagelöhner-Preisen eingerechnet wird, in dem Bodenkapital, Gebäudekapital und Gerätekapital mit 4 % und das Umlaufkapital (Vieh, Vorräte) mit 5 % verzinst wird, und in dem Schulden und Schuldendienst nicht berücksichtigt werden, weil diese aus dem Betriebsüberschuss zu leisten sind.

Die Frage ist dann, ob bei Anlegung dieses Modells nicht nur das im Betrieb gebundene Kapital mit 4 bzw. 5 % verzinst wird, sondern ob darüber hinaus Überschuss erzielt wird, aus dem eventuelle Pachten und wo erforderlich Schuldendienst zu leisten wären.

Mit einem Betriebsüberschuss geht das Modell folgendermaßen um: Ein Überschuss ist entweder Unternehmergewinn und kann konsumiert oder für Investitionen verwendet, kann alternativ als Erhöhung des fiktiven Stundenlohns der Familienarbeitskräfte verstanden werden oder kann für Schuldendienst dienen. Bei einer Rentabilität von Null (also einer Mindestverzinsung des Kapitals) entsteht zwar kein Überschuss im o.g. Sinne, es erfolgt aber auch kein Besitzverzehr. Eine negative Rentabilität zwischen Null und Minus 4 % signalisiert zunächst, dass das Kapital in unterschiedlichem Ausmaß nicht voll verzinst wurde. Bei einer negativer Rentabilität von schlechter als Minus 4 % entsteht ein Substanzverlust des Betriebs.

*Table 5: Rentabilitätsergebnisse der Enquete-Stichprobe für alle drei Provinzen<sup>47</sup>*

Anteil der Betriebe in %	mit einer Rentabilität von x %
18	minus 4 und schlechter
13	minus 4 bis weniger als Null
16	Null
53	mehr als Null bis 4
10	über 4

Folgerungen:

- 18 % der Betriebe hatten tatsächlichen Substanzverlust.
- 13 % konnten das eingesetzte Kapital nicht vollständig verzinsen
- 16 % haben zwar die Substanz erhalten, aber nur zu Tagelöhnerpreisen gearbeitet
- 63 % konnten entscheiden, ob sie den Überschuss als höheren Lohn verstehen und konsumieren, ob sie Investitionen vornehmen oder ob sie erforderlichenfalls Schuldzinsen und Tilgung leisten wollten. Nach diesem Modell konnten nur diese Gruppe ihre Kredite aus dem laufenden Betrieb bedienen.

Die Gruppe mit einer Rentabilität von minus 4 % und schlechter bedarf noch einer differenzierenden Betrachtung: So hatten 3 Betriebe eine Rentabilität von minus 10 % oder schlechter, 9 Betriebe eine zwischen minus 10 und minus 7 % und 11 eine zwischen minus 7 und minus 4%. Man kann hier der unbarmherzig nach unten drehenden Spirale zusehen und abschätzen, wann diese Betriebe ihre Substanz völlig aufgebraucht haben würden und hat dabei künftig unvermeidliche Schulden und Schuldendienst, um die Schulden weiter bedienen zu können, noch nicht berücksichtigt, die die Spirale deutlich beschleunigen werden.

Aus dieser Aussage über die Stichprobe darf nicht geschlossen werden, die Rentabilität aller Bauernwirtschaften im Großherzogtum sei vergleichbar verteilt gewesen. Die Kleinheit und die fragliche Repräsentativität der Stichprobe würde eine solche Aussage sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Außerdem müssten mindestens die Größe der Wirtschaften und ihre naturräumlichen Grundlagen herangezogen

---

<sup>47</sup> Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Rechnungen für die Betriebe in den Ortsberichten.

werden. Hierzu allerdings gibt die Enquete erste Hinweise: Defizitär waren in der Provinz Oberhessen 5 von 7 untersuchten Nebenerwerbswirtschaften, alle kleinen Familienbetriebe und 6 von 9 größere Familienbetriebe. Für die Provinz Starkenburg dagegen war es nur einer von 10 Nebenerwerbsbetrieben, keiner der kleinen und nur zwei von 8 größeren Familienbetrieben. In der Provinz Rheinhessen rettete der Weinanbau alle untersuchten Betriebe über die Rentabilitätsgrenze.

Betrachtet man die räumliche Verteilung der ungünstigen Rentabilität in den beiden betrachteten Provinzen des Großherzogtums, so finden sich folgende Dörfer, in denen jeweils alle drei porträtierten Betriebe unrentabel waren:

Burkhards	heute zu Schotten im Vogelsbergkreis
Hartershausen	heute zu Schlitz im Vogelsbergkreis
Ruhlkirchen	heute zu Antrifttal im Vogelsbergkreis
Rodheim vor der Höhe	heute zu Rosbach, Wetterauskreis
Beuern	heute zu Buseck, Kr. Gießen.

Die Ergebnisse aus dem Odenwaldkreis sind sehr uneinheitlich: Ober-Mossau (zu Mossautal) hat zwei defizitäre Betriebe und einen sehr produktiven; Kirch-Brombach (zu Brombachtal) hat je einen defizitären, einen mit der Rentabilität von Null und einen mit geringer Rentabilität.

Diese sieben Dörfer haben alle geringe Roggen- und Heuerträge. Übrigens schützt Größe eines Betriebes nicht gegen defizitäre Rentabilität.

## Zeitgenössische Diskussion der Enquete-Ergebnisse

Die Zusammenfassung der Enquete hat die Beantwortung ihrer Fragestellung nicht offen geleistet, sondern in vielen Wörtern verborgen.

Allerdings – und das hatte eine Reihe sehr kritischer Kommentare zur Folge – wurde die Lage der Landwirtschaft im Großherzogtum im Zusammenfassungsband der Enquete als „geschichtliche Notwendigkeit“<sup>48</sup> verklärt.

Im Landtag erfolgte eine mühsam angestoßene Diskussion in den Jahren 1888 und 1889. Die Auffassung eines konservativen Abgeordneten, es handele sich nur um „Palliativmittel“ – heute würde man den Begriff Placebo verwenden, wenn man nicht die schärfere Interpretation des Sterbemittels bevorzugt, fand keinen Widerhall.

In der Landtagsdiskussion wurden Vorschläge gemacht, die wie schon die Anlage der Enquete von den Vorschlägen der Genossenschaftsbewegung und der landwirtschaftlichen Vereine sowie der zuständigen Abteilung des Ministeriums nicht zu trennen sind.

---

48 Enquete, Bd. 1, S. 75.

Forderungen und Vorschläge wurden gemacht

- zur Intensivierung und damit zur höheren Ausnutzung von Boden und Arbeitskraft: Verstärkung von Melioration (Be- und Entwässerung von Acker- und Wiesenflächen), von Einsatz der Handelsdünger, von Viehhaltung statt Getreideanbau, von Einsatz von Kraftfutter zur Steigerung der Milch- und Fleischleistung in der Viehwirtschaft, von Obstanbau und anderen Sonderkulturen.
- zur Vermarktung der Produkte: Gründung von Handelsgenossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Betriebsmitteln und zum Verkauf von Produkten, Einrichtung von Molkereigenossenschaften zur Verbesserung der Butterqualität (von Frischmilchhandel war aus Mangel von Kühltechnik noch keine Rede), Einrichtung von öffentlichen – also gemeindlichen – Viehwaagen, weil bisher das Gewicht von Vieh nur nach optischem Befund geschätzt wurde, Verstärkung der Fleischbeschau, um die Fleischqualität zu heben, Bau von Nebenbahnen, um die Erschließung der Fläche zu verbessern.
- zur Flurbereinigung: Zusammenlegen von winzigen Flurstücken in der Gemarkung, von Einrichtung von Wegen zu jedem neuen Flurstück, damit Reduzierung des Bearbeitungsaufwands auf dem Acker und des Wege- und Transportanteils der bäuerlichen Arbeit.
- zur Erhöhung der Getreidepreise: Die großherzogliche Regierung sollte sich bei der Reichsregierung für die Einführung bzw. deutliche Erhöhung von Getreidezöllen einsetzen.
- zur besseren Ausbildung der Betriebsleiter und –erben: Die landwirtschaftlichen Winterschulen sollten ausgebaut werden, damit die Landwirtschaft herauskäme aus der Tradierung des Hergebrachten vom Vater auf den Sohn.
- zur Risikoreduzierung: Für lokale Viehversicherungs-Genossenschaften sollte eine Rückversicherung eingerichtet werden, weil die rein lokalen Versicherungen einer Epidemie nicht gewachsen sein konnten. Die Nutzung von Hagelversicherungen und Betriebsmittelversicherungen sollte propagiert werden.
- zur besseren Versorgung der Landwirte mit transparentem Kredit sollte eine Landeskreditkasse für Hypothekenkredite aufgebaut und für Mobilarkredite die Spar- und Darlehenskassen verstärkt werden.

Erledigt erschienen dagegen Anstrengungen zur Reduzierung des „Wuchers“ durch das Reichsgesetz gegen den Wucher von 1880.

Wie in der Politik des Großherzogtums verfassungsgemäß festgelegt, konnte der Landtag zur Umsetzung seiner Vorschläge keine eigenen Gesetzesinitiativen ergreifen<sup>49</sup>, sondern war darauf angewiesen, dass die Regierung aufgrund aus dem Land-

---

<sup>49</sup> Artikel 76 der „Verfassungs-Urkunde für das Großherzogthum Hessen“ vom 17. Dez. 1820, Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt 1820, Nr. 59 v. 20. 12. 1820, <http://resolver.staatsbibliothek-berlin.de/SBB0000D2D600010000>. Den Ständen blieben Petitionen an den Großherzog erlaubt.

tag gemachter Vorschläge die Gesetzentwürfe bzw. Budgetbeschlüsse vorbereitete, auf die der Landtag dann würde reagieren können.

Im „Landtagsabschied“, der Entlassung des 26. Landtags im Juni 1890 durch den Großherzog am Ende des dreijährigen Landtagsturnus, hat dieser spröde zusammengefasst, ob er bzw. wie er mit den Vorschlägen des Landtags umzugehen gedenke: „Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Enquete betreffend. Wir werden die von Unseren getreuen Ständen geäußerten Wünsche, soweit sie nicht inzwischen ihre Erledigung gefunden haben, in Erwägung ziehen lassen.“<sup>50</sup>

## Wie ist die Enquete aus heutiger Sicht zu beurteilen?

Die Enquete war grundsätzlich ein methodisch den Zeitumständen angemessenes Vorhaben und für diese Bedingungen innovativ. Sie hat mit einem beeindruckenden Aufwand einen sowohl zusammenfassenden wie auch detailreichen Blick auf die Landwirtschaft im Großherzogtum ermöglicht. Sie konnte in die Lebensverhältnisse vieler Bauernfamilien eindringen und so ein breites Bild über Stall und Tisch, Ertrag und Verbrauch, Zustand und Perspektiven von insgesamt 68 Bauernfamilien gewinnen. Mit ihr konnte auch ihre Ausgangsfrage, ob die Verschuldung so hoch ist, dass Verzinsung und Rückzahlung bei rationellem Betrieb des kleinen landwirtschaftlichen Gewerbes möglich wird, beantwortet werden. Die Antwort hätte für die kleinen Betriebe in Ungunstlagen pauschal JA heißen müssen. Ein so deutliches Statement hat sich aber niemand getraut. Die Zukunftsangst eines großen Teils der Bauern war also berechtigt, denn ihre materielle Basis war so schlecht wie die Konzepte der Regierung mangelhaft und die der Parteien zur Agrarpolitik kraftlos und z.T. in ihrer Theorie abwegig waren.

Der Staat konnte die Ergebnisse der Enquete nicht in Politik umsetzen. Für gute Konzepte fehlte das Geld, zu viele Verantwortliche waren an das Elend der ganz kleinen Landwirtschaft schon längst gewöhnt. Die Politik war zu sehr mit ihrem Klein-Klein beschäftigt, um aus dem politischen Gewitter am Horizont (den Wahlerfolgen von Böckel in Marburg) die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Es hätten für durchgreifenden Maßnahmen (z.B. eine Investitionsbank, eine Landeskreditkasse, eine Subventionierung zur Einrichtung von Genossenschaften und zur Flurbereinigung bzw. zur Wiesenmelioration) staatliche Mittel bereit gestellt werden müssen. Da die im laufenden Haushalt fehlten, hätte es Mut für eine große öffentliche Kreditaufnahme gebraucht, um damit der kleinen Landwirtschaft zu signalisieren, dass ihre Probleme wahrgenommen und angegangen werden.

---

50 26. Landtag, Protokolle der Zweiten Kammer, Beilage 440, <https://parlamente.hessen.de/protokolle>.

## Wie kann man die Spanne von Elend bis Knappheit beschreiben?

In naturräumlich begünstigten Dörfern musste man sich keine Sorgen machen, dort konnte weit oberhalb der Knappheit gewirtschaftet und gelebt werden.

In benachteiligten Dörfern herrschte Knappheit bei den Großen und Elend bei den Kleinen.

I.d.R. waren die Familien zu groß bzw. die Höfe zu klein: Daher gab es ein Überangebot an Arbeit im Betrieb und in der Region mit der Folge niedriger Löhne auch im außerlandwirtschaftlichen Bereich. Wer Arbeit nachfragte, wollte niedrige Löhne, wer dagegen Arbeit anbot, brauchte hohe.

Die Kleinen mussten wachsen, um die Familien zu auszulasten und Nahrungsmittel bereitzustellen. Sie pachteten daher zu überhöhten Sätzen, kauften zu unvernünftigen Preisen zusätzlichen Boden und verschuldeten sich dafür, obwohl der Betriebsgrößenzuwachs den Schuldenzuwachs nicht kompensierte.

Im Dorf gab es permanent latente Konflikte um Land, ausgetragen mit den Mitteln Kauf, Heirat, Pacht. Die Bodenkäufer wollten niedrige Bodenpreise, die Verschuldeten hohe, denn sie hatten Teile ihres Landes als Sicherheiten zu den hohen Preisen in Kredite eingebracht.

## Was waren die Perspektiven?

Ein verbessertes Preisumfeld für die Landwirtschaft entstand durch das Ende der „Großen Depression“ und durch die Erhöhung von Schutzzöllen. Die Viehwirtschaft erhielt höhere Preise durch den Wegfall der ausländischen Konkurrenz, weil von dort Viehseuchen eingeschleppt worden waren, daher der Viehimport verhindert und so regionale Viehproduktion lukrativer wurde.

Zunehmendes Gewerbe auf dem Land führte zur Möglichkeit außerlandwirtschaftlicher Arbeit und die Einkommen daraus machte eine individuelle Subventionierung des eigenen Landwirtschaftsbetriebs möglich.

Die traditionelle und aktuelle Gefühlslage der Bauern, gefährdet zu sein, traf entweder auf insuffiziente oder gar auf sichtbar abwegige Agrarkonzepte der politischen Parteien. Daher waren die Juden, die als Rindviehhändler, Kreditgeber und Landhändler eigentlich eine tragende Rolle zur Stabilisierung des ländlichen Systems gerade auch bei den kleinen Bauern in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen spielten, ganz ungeschützt den Emotionen ausgeliefert und konnten als Gefährder der Bauern markiert werden. Diese Situation führte ab 1886 Otto Böckel mit seinem rassistischen Agrarantisemitismus zu rauschenden Erfolgen bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Marburg/Frankenberg im Jahr 1887 und ab 1890 zusätzlich in den Wahlkreisen Alsfeld und Gießen.

Allerdings hatte in einer Trockenheitskrise im Jahr 1893 der Großherzog – getrieben von der Trias Genossenschaftsbewegung, landwirtschaftliche Vereine und landwirtschaftsfachlicher Abteilung seines Ministeriums – den Mut, einen eben verabschiedeten 27. Landtag als 28. Landtag zu einer nur wenige Tage dauernden Sitzung einzuberufen, um dessen Zustimmung zu einer großen Anleihe zu gewinnen.

Im Verfahren wurde eine systematische Stärkung der Genossenschaftsbewegung verfügt, weil die örtlichen Genossenschaften mit einem Monopol auf die Verteilung der Krisenhilfe an die Landwirte ausgestattet wurden.<sup>51</sup>

Diese Initiative kam zu spät, um die Landtagswahl 1893 noch zu beeinflussen, durch die der rassistische Antisemitismus auch in den Landtag des Großherzogtums einzog, obwohl die zweistufige Landtagswahl mit Wahlmännern für Systemträgheit hätte sorgen sollen.

Schließlich muss man feststellen, dass die Politik des Großherzogtums den Aufgaben, die ihr die Zeitläufe gestellt haben, nicht gewachsen war. Das lag u.a. an den antiquierten Formen der Organisation von Politik, bei der große Teile der Staatsbürger nicht den Eindruck haben konnten, sie würden wahrgenommen und ihre existenziellen Probleme würden mit dem gebotenen Gewicht behandelt.

---

51 Diese Zusammenhänge werden in einem weiteren Vortrag erläutert.